mit „Haus Hof Garten" ★ „Jede Woche Musik"

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer in Berlin 15 Pfg., auswärts 20 Pfg.

Erscheint wöchentlich zwölfmal mit illustr. Sportblatt. Illustr. Gratis-Zeitschriften: „Der Weltspiegel", „Modenspiegel", „Kunstspiegel", „Technische Rundschau", „Illustrierte Film-Zeitung", „Photo-Spiegel", „Ulk", „Haus Hof Garten" mit „Jugendspiegel", „Jede Woche Musik". Bezugspreis: wöchentlich 1,20, monatlich 5 RM. einschl. Zustellung durch die Rocenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5 RM. monatlich exkl. Zustellung. Auslands-Bezug durch die Hauptexpedition und die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46–49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen (Fernspr. Dönhoff 3440–3462, für d. Fernverkehr 4207–4209.) Telegr.-Adr.: „Berlibla", Berlin – Rudolf Mosse-Code – Postscheckkonto: Berlin Nr. 324. Anzeigenpreis: Die 12gesp. Zeile 1,30 RM. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Strasse 46–49. Filialen: Badstr. 61; Bücherstr. 69; Fennstr. 1; Fidicinstr. 9; Frankf. Allee 286 u. 346; Greifswalder Str. 197; Gr. Frankf. Str. 101; Kochhannstr. 9; Königstr. 19; Köpenicker Str. 67/68; Moritzplatz; Müllerstr. 135; Potsdamer Str. 33; Rathenower Str. 3; Rheinsberger Str. 79; Rosenthaler Strasse 48; Schiffbauerdamm 4; Schönhauser Allee 144; Turmstr. 61; Wiener Str. 1–6; Zimmerstr. 29; Charlottenburg: Kaiserdamm 20; Kantstr. 34; Nürnberger Str. 25/26; Scharrenstr. 30; Tauentzienstr. 2; Cöpenick: Schlossstr. 1; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 243; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Spandau: Breite Str. 47; Steglitz: Schlossstr. 82; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstrasse 7; Weissensee: Berliner Allee 247 (Antonplatz); Wilmersdorf: Kaiserplatz 13; Uhlandstr. 89. In der Provinz: Brandenburg a. d. Havel: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 5; Frankfurt a. d. Oder: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Stettin: Mönchenstr. 31. Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 437
Ausgabe für Berlin

und Handels-Zeitung

57 Jahrgang
Sonnabend, 15. September 1928

Der Beschluss des Pariser Ministerrats.

Briands Haltung gebilligt.

Vor den neuen Besprechungen der Sechs.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

× PARIS, 14. September.

Wie „Intransigeant" berichtet, hat der Ministerrat die Haltung Briands in Genf gebilligt. Der Aussenminister habe bei der Darlegung der Haltung, die er bei den weiteren Verhandlungen über die frühere Räumung des Rheinlandes einnehmen will, das volle Einverständnis seiner Ministerkollegen gefunden. Briand und Loucheur reisen morgen vormittag um 11 Uhr 15 Minuten wieder nach Genf zurück.

GENF, 14. September.

Die Zeit bis zur nächsten gemeinsamen Besprechung der Sechs am kommenden Sonntag wird man auf deutscher Seite zu einem eingehenden Gedankenaustausch zwischen dem Reichskanzler, dem Aussenminister und dem Gesamtkabinett und zweifellos auch zu einer Fühlungnahme der parlamentarischen Vertreter in der Delegation mit ihren Parteien benutzen. Dabei spielt weniger die vorgeschlagene Kommission von Finanzsachverständigen eine Rolle als das projektierte internationale „Feststellungs- und Vergleichskomitee", dessen Funktion, Zusammensetzung und Dauer noch nicht zu übersehen sind. Bei dieser „Gründung" wird man ausserordentlich schwere Bedenken zu berücksichtigen haben. Die von französischer Seite gewünschten Befugnisse bieten zweifellos die Möglichkeit zu Interventionen, die in der Praxis zu schweren Unzuträglichkeiten führen könnten.

Man braucht nur daran zu erinnern, welche Unzuträglichkeiten im besetzten Gebiet heute noch, zwei Jahre nach Locarno, bestehen, um zu ermessen, dass schwere Bedenken gegen eine solche Kommission nicht von der Hand zu weisen sind. Eine ernste Frage ist auch die nach der Dauer einer solchen Einrichtung. Eine Bindung über das Jahr 1935 hinaus wäre ein Zugeständnis von grösster Tragweite.

Man kann sich deshalb nur schwer vorstellen, dass die Besprechung der sechs Mächte bereits am Sonntag zu einem abschliessenden Ergebnis führt. Dazu sind die Bedenken zu gross. Angesichts dessen und der Schwere der damit verbundenen Entscheidung ist auch die Beurteilung der Frage innerhalb der deutschen Delegation noch nicht einheitlich. Ganz abgesehen von der noch herrschenden Unklarheit über Zusammensetzung, Zuständigkeit und Dauer dieses Komitees ist es noch ganz unklar, ob Deutschland, wenn es sich zur Zustimmung entschliessen könnte, damit sein Ziel, eine Beschleunigung der Gesamträumung, erreichen würde. Es hat den Anschein, als ob es damit nur die Freigabe der zweiten Zone erlangen würde, so dass die endgültige Entscheidung über die Gesamträumung erst erfolgen würde, wenn bei den Reparationsverhandlungen in einigen Jahren Greifbares erzielt wird.

Der Kanzler hat heute vormittag einen Gegenbesuch bei Zaleski abgestattet. Mittags nahm er an einem Frühstück bei Albert Thomas teil, wobei er eine längere Unterredung mit Benesch hatte. Heute abend nimmt der Reichskanzler an dem Diner teil, das der Präsident der Völkerbundsversammlung, Zahle, den Chefs der Delegationen gibt.

○ LONDON, 14. September.

Das Schwergewicht der politischen Entscheidungen ist, wie Exchange betont, nunmehr von Genf nach Paris und Berlin verlegt worden. Man müsse zunächst abwarten, wie sich jetzt die Regierungen zu dem Plan des „Beobachtungs- und Versöhnungskomitees" stellen würden. Die zweite Frage, die Einsetzung einer Sachverständigenkommission zur Kommerzialisierung der deutschen Kriegsschulden würde wahrscheinlich weit weniger Schwierigkeiten bieten. Man bemühe sich vor allen Dingen, auch amerikanische Sachverständige zur Mitarbeit in der Kommission zu bewegen.

Die Heimwehren-Drohung.

Eine Notlösung zum 7. Oktober?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Z WIEN, 14. September.

Der Streit darüber, wer am 7. Oktober Wiener-Neustadt besetzen dürfe, scheint eine Lösung erfahren zu sollen, die den Heisssporen auf beiden Seiten Freude machen dürfte. Es soll sowohl den Heimwehrleuten wie Sozialisten der Aufmarsch gestattet werden — eine Lösung, die als durchaus verfehlt und sehr gefährlich angesehen werden muss.

Die Korrespondenz Herzog meldet an Einzelheiten: „Sowohl von den Heimwehren als auch von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Wiener-Neustadt und Umgebung werden bereits eifrig Vorbereitungen für die am 7. Oktober stattfindenden Veranstaltungen getroffen. Die österreichische Bundes- und die niederösterreichische Landesregierung werden versuchen, mit den Einberufern der beiden Tagungen ein Einvernehmen dahin zu erzielen, ob es nicht im Interesse der Vermeidung etwaiger unliebsamer Zusammenstösse zwischen den Angehörigen der beiden Lager vielleicht doch noch möglich wäre, eine zeitliche und örtliche Abgrenzung eintreten zu lassen. Sollte dies aber nicht möglich sein, so werden die Behörden im Einvernehmen mit der Gemeindevertretung von Wiener-Neustadt dafür sorgen, dass die Anmarschlinien, die Versammlungsplätze und die Umzüge an entgegengesetzten Stellen der Stadt gewählt werden. Sie werden ferner durch ausreichende Sicherheitsvorkehrungen dafür Sorge tragen, dass die Teilnehmer an den beiden Tagungen, soweit es bei dem zu erwartenden Massenaufgebot nur überhaupt möglich ist, miteinander nicht in Berührung kommen."

Schliesslich wird noch versichert, dass die Behörden zusammen mit den beiden feindlichen Parteien einen scharfen Ordnerdienst aufrechterhalten wollen, um jeglichen Zusammenstoss auf diese Weise zu verhindern. Ob diese Lösung wirklich zureichend ist, wird die Zukunft lehren.

Bei der ganzen leidigen Heimwehr-Angelegenheit spielt die Frage „Wer hat angefangen?" eine Rolle. Angefangen hat, wie dies hier schon betont wurde, Steidle. Der ehemalige Minister Dr. Mataja glaubt heute im „Neuen Wiener Journal" auf eine Unrichtigkeit unserer Berichterstattung hinweisen zu müssen. Nach Matajas Informationen haben die Sozialdemokraten ihren Arbeitertag ursprünglich auf den 6. Oktober angesetzt, und ihn dann schliesslich, um bewusst die Gegenseite zu provozieren, auf den 7., den Tag des Heimwehr-Aufmarsches, verschoben. Die Darstellung Matajas ist unrichtig. Der 6. Oktober ist ein Sonnabend — ein Wochentag also, an dem Fabrikarbeiter weite politische Spaziergänge nicht zu unternehmen pflegen. Der Arbeitertag war von allem Anfang auf den Sonntag festgelegt und am Vortage sollten lediglich in Wiener-Neustadt gewerkschaftliche Besprechungen stattfinden, an denen das Gros der Arbeiterschaft natürlich nicht teilgenommen hätte. Aber was soll dieser ganze Prioritätsstreit? Es gibt eine Tatsache, die jedem Neutralen und jedem Oesterreicher zu denken geben müsste: Mit Ausnahme vielleicht der 16 000 Kommunisten hat die viele Millionen starke österreichische Arbeiterschaft kein revolutionäres Programm. Sie ist vielmehr ein enormer staatserhaltender Faktor, während auf der Rechtsseite weite Kreise, gleichgültig mit welchen Mitteln, gewillt sind, die österreichische Verfassung zu ändern.

Abschied von Amanullah.

Was wird in Afghanistan? — Das Verhältnis zu England und Russland. — Günstige aussenpolitische Lage. — Die Reformpläne. — Türken als Lehrmeister. — Die Opposition der Mollahs. — Der Kampf gegen den Schleier.

Von unserem Sonderkorrespondenten

C. Z. Klötzel.

czk. KABUL, im August.

Die Kabuler Festtage sind verrauscht, die Ehrenpforten ruhen wieder in den Magazinen, der König und die Regierung sind nach Paghman in die Sommerresidenz gezogen, und bei Einheimischen wie Fremden ist ein grosses Rätselraten in Schwung gekommen: „Was wird nun?" Aus Paghman hört man nichts, als dass der König bis zur Grenze seiner körperlichen Leistungsfähigkeit arbeitet; viele behaupten, er müsse erst einmal eine Art Augiasstall ausmisten, den er bei seiner Rückkehr vorgefunden hat. Im übrigen ist man darauf angewiesen, aus spärlichen Anzeichen zu orakeln, was die nächste Zukunft bringen wird. Eine Anzahl Fragen drängen auf Entscheidung, die unter dem Eindruck des in Europa Gesehenen und Erlebten fallen wird.

Aussenpolitisch steht im Vordergrund das Verhältnis zu den beiden grossen Nachbarn England und Russland. Amanullah hat sowohl London wie Moskau besucht und im Gespräch mit den leitenden Männern beider Staaten einen sehr unmittelbaren Eindruck von ihren politischen Anschauungen erhalten. Ueber die Art dieses Eindrucks schweigt man sich in der engeren Umgebung des Königs gründlich aus. Aber in allen interessierten Kreisen Kabuls ist man der Ansicht, dass Russland weit weniger günstig abgeschnitten hat als England. In der Tat führt die russische Gesandtschaft in Kabul und die ihr angegliederte kopfreiche Handelsvertretung ein recht isoliertes Dasein. Alle Beobachter stimmen darin überein, dass die Stellung Russlands in Afghanistan sich sehr verschlechtert hat seit jener Zeit, als Herr Raskolnikow hier Gesandter war und seine Gattin, die fast geniale Larissa Reissner, den Schrecken der antirussischen Diplomaten in noch höherem Masse bildete, als deren offizieller Kollege. Der allgemeine Prestigeverlust, den Russland im Osten seit dem Fiasko in China erlitten hat, wirkte sich bereits vor der Europareise des Königs in Afghanistan aus. Es scheint, dass der Besuch in Moskau die Einschätzung Russlands als möglichen Gegner oder Bundesgenossen noch weiter vermindert hat. Ein besonderes Anlehnungsbedürfnis besteht jedenfalls zurzeit nicht, eher schon kann man von einem spürbaren Bedürfnis sprechen, sich von gewissen Bindungen an Russland zu emanzipieren. Das trat ziemlich deutlich zutage bei den Verhandlungen mit deutschen Flugzeugpiloten über die Eröffnung neuer Fluglinien. Der afghanischen Regierung schien dabei die Beseitigung des jetzigen russischen Flugmonopols ebenso am Herzen zu liegen, wie die Erweiterung des Flugnetzes selbst.

Es wäre nun ganz falsch, anzunehmen, dass eine Abkehr von Russland automatisch eine Hinneigung zu England zur Folge haben müsste. Wenn, wie angenommen wird, die Einstellung Amanullahs zu England heute eine weit freundlichere ist als vor der Reise, so liegt der Grund zu ähnlichen Beobachtungen, wie sie die Reservierheit gegenüber Russland zur Ursache hat. Amanullah scheint den Eindruck gewonnen zu haben, dass er die englische „Gefahr" ebenso überschätzt hat wie die russische Freundschaft. Sein kurzer Aufenthalt in Indien dürfte sehr aufschlussreich gewesen sein. Die Situation in Nordindien mit seiner vorwiegend mohammedanischen Bevölkerung und seiner stets gefährdeten Nordwestgrenze mag ihm die Ueberzeugung gegeben haben, dass die Aera der englischen Präventivkriege gegen Afghanistan, von Disraeli begonnen und bis 1919 mit im wesentlichen negativem Erfolg fortgesetzt, endgültig vorüber ist, dass der englische Generalstab in Indien kein Bedürfnis hat, die Grenze über den Chaiber-Pass hinaus zu verlegen, und dass man es sich in London allerhand kosten lassen würde, um ein ruhiges und relativ starkes Afghanistan vor den Toren Indiens zu wissen. Das würde genügen, um dem Verhältnis zu England zunächst die ausserordentliche